
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 11 (1983)

DOI: 10.11588/fr.1983.0.51273

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

ADOLF KIMMEL

IDEOLOGISCHE ANFEINDUNGEN DER PLURALISTISCHEN DEMOKRATIE*

»Von Platons regierenden Philosophen zu Lenins Avantgarde und Hitlers SS-staatlichen Ordensburgen spannt sich der Bogen jenes totalitären Ideologieverständnisses...« (S. 17f.). »Vom Bürgerideal der griechischen Polisdemokratie zum Pursuit of happiness der amerikanischen Demokratie und zum Limited government des modernen gewaltenteiligen Rechtsstaats mit seiner offenen Gesellschaft spannt sich der Bogen dieser humanen Alternative zur Despotie« (S. 396), in die das totalitäre Ideologieverständnis mündet.

Diese beiden Sätze – deren erster wohl weithin als eine Provokation empfunden wird – enthalten die Grundgedanken, um die der renommierte Bonner Zeithistoriker und Politikwissenschaftler die vielfältigen und verwirrenden Ausprägungen des politischen Denkens im 20. Jahrhundert ordnet: es geht einmal um die Prinzipien der »rechtsstaatlichen, pluralistischen und sozialen Demokratie«, deren Telos es ist, »sich selbst zu entfalten und doch zu beschränken, der steten Versuchung des Machtmißbrauchs institutionell wirksam zu steuern, dem uralten Diktat des Stärkeren zu widerstehen und der barbarischen ›Natur‹ politischer Kraftentfaltung eine politische Kultur der freiwilligen Kooperation oder des Kompromisses aus Interesse und Einsicht, aber mit verbindlicher Regelmäßigkeit und Verfassungskraft entgegenzusetzen« (S. 343); zum anderen und vor allem um die permanenten Anfeindungen, denen sie durch die totalitären Ideologien in ihrer linken und in ihrer rechten Version, durch Kommunismus, Nationalsozialismus und Faschismus ausgesetzt ist.

Für diese Bewegungen verwendet Bracher den Ideologiebegriff in einem spezifischen Sinn als »die Tendenz zu einer extremen Vereinfachung komplexer Realitäten«, als »Anspruch, sie auf eine Wahrheit zu reduzieren und zugleich dichotomisch aufzuspalten in gut und böse« (S. 17). Davon unterscheidet er einen allgemeinen, wertneutralen Ideologiebegriff, der »ein handlungsorientiertes Glaubenssystem ... zu Erklärung der Welt wie zur Rechtfertigung von Entscheidungen, zum Begrenzen und Eindeutigmachen von Alternativen« (S. 14) bieten soll. In diesem Sinn braucht auch die »offene Gesellschaft« der pluralistisch-parlamentarischen Demokratie eine Ideologie, und Bracher sieht als die Kehrseite der – vorübergehenden – Entideologisierung nach 1945, daß »die Bemühungen um eine philosophische und moralische Fundierung der freiheitlich-demokratischen Politik zurückblieben hinter einer pragmatischen Orientierung, die auf die Dauer nicht genügen konnte« (S. 278). Die ideologischen Aufbrüche der 60er Jahre (Studentenbewegungen), mit denen der Vf. im übrigen hart ins Gericht geht, gelten denn auch als – freilich in die Irre führender – Nachholbedarf, »der vom wirtschaftlichen Wiederaufbau aus den Ruinen verdrängt worden war und sich während der politischen Stabilisierung angestaut hatte« (S. 297).

Weil sich die liberale Demokratie nur wenig um eine ideologische Fundierung bemüht, weil die Demokratiekritik stärker entwickelt ist als die Demokratietheorie, deshalb ist in Brachers

* Zugleich Besprechung von: Karl Dietrich BRACHER, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) 1982, 414 S. Karl Dietrich BRACHER, *Geschichte und Gewalt. Zur Politik im 20. Jahrhundert*, Berlin (Severin und Siedler) 1981, 344 S.

Buch auch viel mehr die Rede von utopischen, irrationalen, »geschlossenen« pseudoreligiösen Globalentwürfen, die die Demokratie ablehnen, ihr zumindest verständnislos-distanziert gegenüberstehen. Von den Strömungen der Kulturkritik und des Irrationalismus vor 1914 (Nietzsche und andere), die den technischen Fortschritt, das Fortschrittsdenken, die Wissenschaft und die moderne Zivilisation ablehnen, über die totalitären Bedrohungen, denen die meisten der nach 1918 neu gegründeten europäischen Demokratien erlagen, bis zur Re-Ideologisierungswelle der sechziger Jahre, die die wiederaufgebauten liberal-parlamentarischen Regime bedrohen, und den Befreiungs- und Herrschaftsideologien der Dritten Welt spannt Bracher den Bogen. Die Stärke dieser Strömungen, Wunschvorstellungen, Illusionen berechtigt dazu, in scharfem Kontrast zum vielzitierten »Ende der Ideologien« von einer »Zeit der Ideologien« zu sprechen.

Der Gegensatz Demokratie/totalitäre Diktatur, den Bracher als Leitfaden seiner ideologiekritischen Diagnose wählt (und nicht etwa das Begriffspaar Sozialismus/Faschismus), impliziert den Totalitarismusbegriff, an dem Bracher wie in seinen anderen Büchern entschieden festhält (z. B. *Europa in der Krise 1917–1975*, das als umfassende ereignis- und strukturge-schichtliche Darstellung parallel zur »Zeit der Ideologien« gelesen werden sollte). So umstritten dieser Begriff ist, der ja, wie der von Bracher energisch abgelehnte Faschismusbegriff, nicht nur ein historisch-sozialwissenschaftlicher, sondern auch ein politischer Kampfbegriff ist, so angebracht ist er, wenn man die realen Herrschaftsverhältnisse und die »Grundauffassung von Politik« in den Vordergrund stellt. Unterschiedliche Ideologien sind irrelevant, und auf qualitative, intellektuelle oder moralische Unterschiede kann nicht hingewiesen werden, wenn die Auswirkung der Herrschaft auf die Betroffenen gleich ist. Ob die systematische Mißachtung der Menschenrechte durch die Gestapo und im Namen der Rassenlehre oder durch den NKWD im Namen des Kommunismus erfolgt, ist unter dieser Perspektive ohne Bedeutung. Das allen diktatorisch-totalitären Konzeptionen Gemeinsame und sie von demokratischem Denken jeder Art Unterscheidende ist »ihr politisch wie geistig ausschließlicher Anspruch«, ist »die Erhebung einer von Führer und Partei verkörperten, allen Einzel- und Gruppenwillen bedingungslos übergeordneten Volonté générale zur allmächtigen Instanz« (S. 168). Gemeinsam ist ihnen insbesondere, daß zur Realisierung ihrer chiliastischen Visionen alle Mittel erlaubt sind, wohingegen der Vf. an die elementare Erfahrung erinnert, daß »humane Politik ohne humane Methoden nicht möglich ist« (S. 323). Dadurch rücken marxistisch-kommunistische und rechtsextrem-faschistische Positionen eng zusammen (»Totalitärer Progressismus rechts oder links«); ihnen wird das demokratische Ethos mit den Grundgedanken der Kontrolle und der Mäßigung, der Einhaltung von Verfassungsregeln und der Beachtung der Menschenrechte entgegeng gehalten.

Man täte Bracher indes unrecht, wenn man ihn zu einem bloßen erzkonservativen Antikom-munisten abstempeln würde. Seine Kritik richtet sich auch gegen die konservativ-autoritären Traditionen (etwa in der Weimarer Republik), und ein sich gegen neomarxistische Strömungen und den totalitären Sozialismus deutlich abgrenzender demokratischer Sozialismus gilt ihm als »unverzichtbare Stütze einer modernen parlamentarischen Demokratie im Zeitalter der wach-senden sozialen Emanzipation« (Die Krise Europas, S. 48). Er ist ein engagierter (Sozial)Libe-raler, dessen Sorge dem durch totalitäre Versuchungen immer bedrohten prekären Gebilde der pluralistischen Demokratie gilt, die eine wehrhafte Demokratie sein muß. Da die »Verheißun-gen eines Paradieses auf Erden, mit denen seit je menschenwidrige Gewalt gerechtfertigt und freie Gemeinwesen zerstört werden« (S. 396), heute vor allem marxistisch getönt sind, richtet sich Brachers abwehrende und warnende Kritik vor allem nach links.

Gelingt es dem Bonner Zeithistoriker, mit Hilfe seines Begriffsgerüsts und seiner Interpreta-tion des politischen Denkens im 20. Jahrhundert als Entwicklung, Zerstörung und Renais-sance, Anfechtung und Verteidigung der repräsentativen Demokratie, die Materialfülle analy-tisch zu bändigen und dem Leser in der Vielfalt der geistig-politischen Strömungen eine sichere

Orientierung zu geben, so sind gewisse Nachteile dieses Grundansatzes nicht zu übersehen: die Darstellung gerät mitunter etwas holzschnittartig (so werden z. B. Entwicklungen im Kommunismus – KPI –, wie begrenzt sie auch sein mögen, kaum zur Kenntnis genommen), manche Einseitigkeiten, ja manche Verkürzung und Ungerechtigkeit (z. B. über die modernen Sozialwissenschaften) und manche Überzeichnungen, müssen in Kauf genommen werden; während Bracher über Probleme und Schwächen der liberalen Demokratien allzu rasch hinweggeht (mangelnde Realisierung sozialer Gerechtigkeit, Defizite der Volksparteien, anfechtbare Züge der amerikanischen Politik etc.), neigt er dazu, Kritik an den Schattenseiten der westlichen pluralistischen Demokratie, namentlich, wenn sie von linken Intellektuellen ausgeht, als für die Demokratie schädlich oder ideologisch hinzustellen, in ihr nur Ausdruck eines zivilisationskritischen Unbehagens an der »anspruchsvollen Schwierigkeit« der Demokratie oder gar ihres Bedürfnisses nach »erlösender Geborgenheit in einem geschlossenen Gemeinschafts- und Glaubenssystem« (S. 304) zu sehen. Da er die Intellektuellen der »totalitären Versuchung« (J.-F. Revel) gegenüber für besonders anfällig hält, erscheinen ihm ihre Selbsttäuschungen und Wunschvorstellungen, ihre Ratlosigkeiten und Schwärmereien allzu leicht als antidemokratisch, wenn nicht als Manifestationen totalitären Denkens.

Unbeschadet dieser Kritik muß unterstrichen werden, daß die Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert bisher keine zusammenhängende Darstellung von ähnlicher Kohärenz und analytischer Schärfe gefunden hat. Zusammen mit der »Krise Europas« hat Bracher eine Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts vorgelegt, die an Informationsfülle und Kenntnisreichtum, Überzeugungskraft der Argumentation und sprachlicher Prägnanz ihresgleichen nicht hat.

Fast gleichzeitig mit »Zeit der Ideologien« hat Bracher den Essayband »Geschichte und Gewalt« vorgelegt. Gewiß handelt es sich nicht um eine der üblichen Buchbindersynthesen, aber die Geschlossenheit einer Monographie erreicht das Buch gleichwohl nicht. Thematisch mitunter recht weit auseinanderliegend, sind die Beiträge auch von sehr unterschiedlicher Qualität: neben tiefschürfenden Essays zu Einzelfragen, die in seinen großen Gesamtdarstellungen nur gestreift werden konnten, stehen auch entbehrliche Gelegenheitsarbeiten. Auch in diesem Buch variiert der Vf. die aus seinen anderen Werken bekannten Themen: »die steten Unvollkommenheiten und Zerbrechlichkeiten einer freiheitlichen Demokratie«, »die vielfältige Gestalt der verschiedenen antidemokratischen Strömungen«, »die weitreichenden Versuchungen der Totalitarismen von rechts wie von links« (S. 13).

In seinem einführenden Essay über die »Zivilisierung der Gewalt« grenzt er den Konflikt vom Gewaltbegriff ab und wendet sich energisch, unter Zurückweisung der fragwürdigen Theorie von der »strukturellen Gewalt«, gegen die Inanspruchnahme des Rechts auf Widerstand und damit gegen die Rechtfertigung von Gewalt in einer freiheitlichen Demokratie, die ihrerseits keine »rechtsfreien« Räume dulden dürfe und, wie das Scheitern der Weimarer Republik zeige, nur als »wehrhafte Demokratie« bestehen könne. In einem anderen Beitrag (»Terrorismus und Totalitarismus«) weist er auf den engen Zusammenhang von Gewalt, Terror und totalitärem Denken hin. Neben dem gehaltvollen Aufsatz »Menschenrechte und politische Verfassung«, in dem u. a. der französische »Fall« der amerikanischen Entwicklung gegenübergestellt wird; den Ausführungen über »Fortschritt – Krise einer Ideologie«, in denen dieser schillernde Begriff, seine Brechungen und erstaunlichen Wandlungen diskutiert werden, und den anregenden Überlegungen zum Thema »Die doppelte Zeitgeschichte – Zwei gegenwärtige Vergangenheiten«, in denen »der doppelte Bezugsrahmen« unseres politischen Bewußtseins (Zwischenkriegszeit seit 1917/18 und Nachkriegszeit seit 1945) im Zusammenhang mit dem Generationenproblem erörtert wird, sei besonders auf den Beitrag »Demokratie und Machtvakuum: der Fall der Weimarer Republik 1930–1933« hingewiesen. Hier konfrontiert Bracher seine eigenen, bahnbrechenden Forschungsergebnisse mit der seither geführten breiten Diskussion um diese Problematik. Mit berechtigter Befriedigung kann er schreiben, daß die vielen

Spezialstudien und die neu erschlossenen Quellen keine Veranlassung gäben, das Grundmuster der Interpretation zu ändern. Bemerkenswert erscheint dem Rez. der Nachdruck, mit dem Bracher die präsidentiale »Reserveverfassung« (Hagen Schulze) nicht als Chance, sondern als Belastung der Weimarer Republik versteht. Die präsidentialstaatliche Überlagerung der parteienstaatlich-parlamentarischen Verfassung habe das Ausreifen eines politischen Verantwortungsgefühls in den Parteien und ihre Kompromißbereitschaft behindert und dadurch die historischen Vorbelastungen noch vergrößert. Weimar war kein »Über«, sondern ein »unvollendeter Parteienstaat« (Michael Stürmer). 1930, beim Bruch der Großen Koalition, habe sich die präsidential-autoritäre Lösung nicht als Rettungsanker erwiesen, sondern habe krisenverschärfend gewirkt, während eine parteienstaatlich-parlamentarische Lösung gar nicht mehr versucht worden sei. Die Rede vom »Versagen des Parteienstaates« sei also zumindest einseitig. Die Lehre, die die Bundesrepublik daraus gezogen hat: »die konsequente Bejahung der Realität des parlamentarischen Parteienstaates ist eine Existenzgrundlage der modernen Demokratie« (S. 128).